

DEMOKRATIEFEINDSCHAFT, HETZE UND GEWALT IM THEMENFELD "CORONA-PANDEMIE"

Im Feindbild vereint: Proteste gegen Corona Maßnahmen

Zum Jahreswechsel 2021/22 entfalten die Proteste gegen die Impflpflicht und weitere staatliche Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie eine breite Dynamik. In Rheinland-Pfalz demonstrieren bei unangemeldeten sogenannten "Spaziergängen" wöchentlich bis zu 10 000 Menschen. Es zeigt sich ein diffuses Protestmilieu, das seit Beginn der Pandemie zusammenfindet. Das Narrativ einer angeblichen „Corona-Diktatur“ ist für die Proteste zentral. Immer wieder wird sich einer Widerstandsrhetorik bedient: gegen eine vermeintliche Diktatur, gegen böse und korrupte Politiker:innen oder auch gegen die "Lügenpresse".

Verstärkt kommt es zu Anfeindungen gegenüber Personen die als Repräsentant:innen des politischen Systems ausgemacht werden: Mitarbeiter:innen im Handel, die bestehende Hygienemaßnahmen durchsetzen müssen oder auch Mitarbeiter:innen im Gesundheitswesen und in Behörden. Politiker:innen stehen ebenfalls im Fokus der Aggressionen. Insbesondere mit der großen Dynamik der Demonstrationen in den vergangenen Wochen häufen sich Anfeindungen und Übergriffe gegen politisch couragierte Bürger:innen, die sich für eine solidarische Pandemiebekämpfung einsetzen.

Die Meldestelle stellt einen Anstieg von Gewalttaten, Bedrohungen und Hetze im Zuge der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen fest. Diese Gewalt findet nicht nur in Social-Media und Messengerdiensten statt, sondern auch auf den Straßen und in öffentlichen Räumen in Rheinland-Pfalz. Dieser Umstand muss in die Bewertung der Proteste und des Milieus der Pandemieverharmloser:innen einfließen, auch wenn es sich um ein teils sehr heterogenes politisches Spektrum handelt.

Im Feindbild vereint

Demokratie- und
Menschenfeindlichkeit

- Gewalt und Hetze gehen von einem Protestmilieu aus, das sich seit zwei Jahren festigt und radikalisiert.
- Prägend für dieses Spektrum sind rechtsextreme und antisemitische Verschwörungserzählungen und Weltbilder. Zentral ist das Narrativ einer angeblichen „Corona Diktatur“, gegen die (jedes) Widerstandshandeln legitim sei.
- Dieses Selbstbild und damit verbundene Feindbilder stellen strukturelle Anknüpfungspunkte zum Rechtsextremismus dar bzw. gehen eine Wechselwirkung ein.
- Demokratiefeindliche und menschenfeindliche Demonstrationen aber auch Hetze in den sozialen Medien, Drohbriefe, Brandanschläge auf Gesundheitsämter und auch extreme Fälle wie der Mord an einem Tankstellenmitarbeiter in Idar-Oberstein sind in diese Gesamtentwicklung einzuordnen. Hieraus ergibt sich eine konkrete Bedrohungslage für viele Menschen, die aus diesem politischen Spektrum heraus zum Feindbild erklärt werden. Sprach- und Handlungsfähigkeit gegenüber dieser Entwicklung werden auch im Jahr 2022 eine große Herausforderung für Staat und Gesellschaft darstellen.

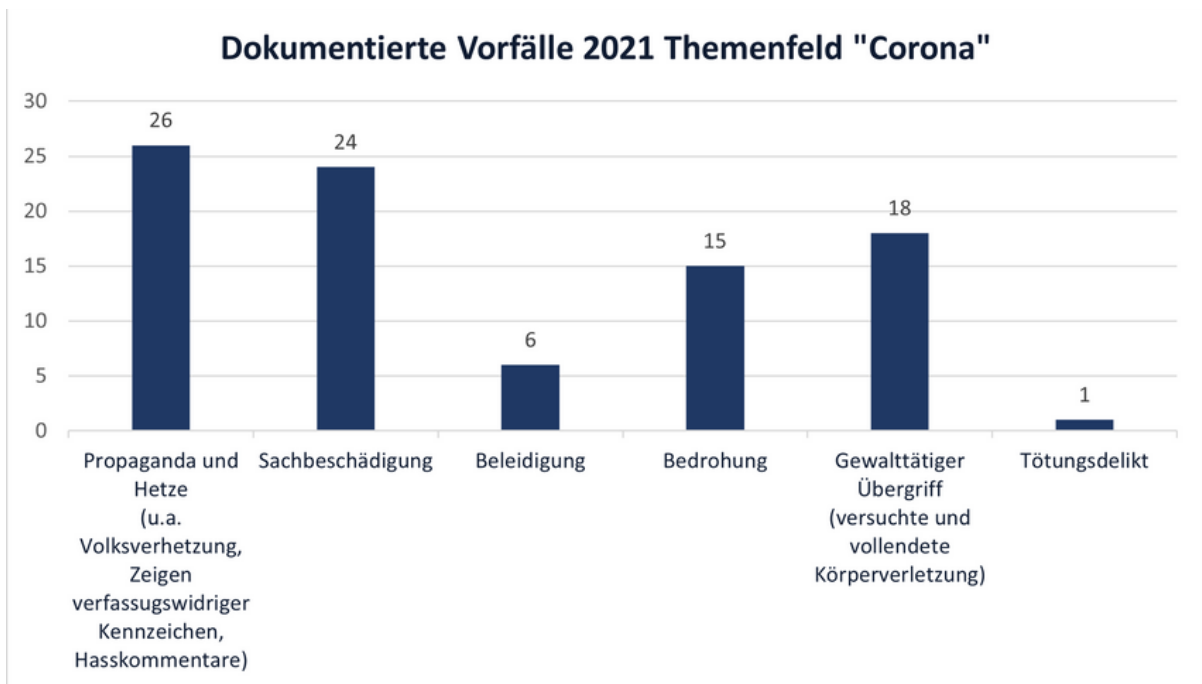
GEWALT UND HETZE IN RHEINLAND-PFALZ - AUSWERTUNG UND EINSCHÄTZUNG

Demokratie- und
Menschenfeindlichkeit

Die Meldestelle dokumentierte im Jahr 2021 Gewalttaten, Sachbeschädigungen sowie Vorfälle von Hetze und Beleidigungen, die menschenfeindliche, rechte und demokratiefeindliche Hintergründe aufweisen. Folgend werden 91 Vorfälle dargestellt und eingeordnet, die einen Bezug zur politischen Auseinandersetzung mit der Corona-Pandemie aufweisen. Einzelne Beispiele werden aus dem Zeitraum Januar 2022 ergänzend aufgeführt. In dieser Phase entfalteten die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen ihre bisher größte Dynamik. Ziel dieser exemplarischen Darstellung und Aufarbeitung ist die Sichtbarmachung der Dimensionen von Gewalt und Hetze, die im Zuge der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Themenfeld Corona-Pandemie sichtbar werden. Die exemplarische Darstellung ersetzt keine tiefere Einordnung des politischen Milieus der Coronaverharmloser:innen und selbsternannten Querdenker:innen.

Die von der Meldestelle dokumentierten Vorfälle weisen einen Bezug bzw. erste Hinweise zu Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder/und einer demokratiefeindlichen, autoritär und verschwörungsideologisch geprägten Motivation auf. Diese Zuordnung findet aufgrund von Kontextinformationen, Informationen von Zeug:innen oder Betroffenen statt. Fälle in denen solche Informationen fehlen, konnten nicht berücksichtigt werden.

**Die Auflistung hat einen vorläufigen und unvollständigen Charakter und speist sich aus Meldungen von Betroffenen und Zeug:innen sowie einem Monitoring öffentlich zugänglicher Quellen. Beispielsweise wurden Fälle, in denen zur politischen Einordnung nötige Informationen fehlen, nicht mit einbezogen.*



Screenshot Meldestelle 2021

Schmiererei im
Westerwald:

"Die Regierung ist
das Virus" und "Das
letzte Jahr der BRD"
Umsturzfantasien
und rechtsextreme
Widerstandsrhetorik

18.09.2021
IDAR-OBERTSEIN

Täter **erschießt** Tankstellenwart nach einem Streit um Mund-Nasen-Schutz. Aufgrund der Tatumstände und des Weltbildes des Täters kann von einem rechten Mord ausgegangen werden (nach gegenwärtiger Faktenlage).

23.09.2021
REGIONALBAHN

Eine Frau **tritt** eine Fahrgästin. Es kommt zum Streit, auch wegen fehlender Mund-Nasen-Bedeckung. Die Täterin **droht** der Betroffenen: "Sie wissen ja was in Idar-Oberstein passiert ist, Sie gehören ebenfalls abgeknallt".

24.09.2021
LANDAU

Mann **bedroht** eine Mitarbeiterin eines Bekleidungsgeschäftes mit Bezug auf Idar-Oberstein. Zuvor kam es zum Streit wegen nicht eingehaltener Abstandsregeln.

22.09.2021
SCHWEICH

Mann **bedroht** eine Angestellte eines Supermarktes mit "er könne sie auch erschießen", nachdem die Kassiererin den Mann auf das korrekte Tragen der Mund-Nasen-Maske hingewiesen hatte.

25.09.2021 ungefähres Datum
TRIER

Kunde **bedroht** Angestellte in Bäckerei. Aussage: er könne auch eine Waffe herausholen, um sich dann nach kurzzeitigem Kramen in der Jackentasche doch eine Mund-Nasen-Bedeckung aufzusetzen.

01.10.2021
BAD DÜRKHEIM

Mann **bedroht** Mitarbeiterin in Baumarkt, nachdem er und seine Begleitung auf die Tragepflicht einer entsprechenden Mund-Nasen-Bedeckung aufmerksam gemacht wurden. Er äußerte gegenüber der Mitarbeiterin eine Drohung in Bezug auf die Tat in Idar-Oberstein.

Tödliche Gewalt: Maskenverweigerer erschießt Tankstellenwart

Am 21. September 2021 wurde Alex W. während seiner Schicht in einer Tankstelle in Idar-Oberstein erschossen. Vorausgegangen war ein Streit um den fehlenden Mund-Nasen-Schutz des Täters. Bisher bekannt gewordene Äußerungen des Täters von vor und nach der Tat verweisen auf ein rechtsextrem und verschwörungsideologisch geprägtes Weltbild. Die Pandemie bzw. die Gegenmaßnahmen sind als konkreter Anlass der Tat zu verstehen, nicht als alleinige Ursache. Die Tat ist keine Handlung einer politisch randständigen Person, sondern ordnet sich in eine allgemeine Gesellschaftsdynamik ein, die sich auch im diffusen Protestspektrum gegen die Corona-Maßnahmen zeigt. Die Tat richtet sich gegen das politische System und seine vermeintlichen Vetreter:innen und verweist auf eine Enthemmung von Personen aus dem politischen Spektrum der Coronaleugner:innen und rechten Verschwörungsideolog:innen. Dies zeigt sich auch in dokumentierten „Nachahmungstaten“. In fünf Fällen wurden meist Angestellte im Dienstleistungsbereich mit Verweis auf die Tat in Idar-Oberstein bedroht.

Auch hier ist der konkrete Anlass ein Streit um Hygienemaßnahmen, dahinter steckt ein radikalisiertes Weltbild das sich gegen alles und jede:n richtet, die mit der vermeintlichen Corona-Diktatur in Zusammenhang gebracht bzw. als stellvertretend für diese wahrgenommen werden.



(c) Sebastian Schmitt/ newstr

Neue Feindbilder: Gesundheitswesen und Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich

In den vergangenen Monaten macht sich eine Erweiterung von klassischen Feindbildern demokratiefeindlicher und rechter Anfeindungen beobachtbar. So sind Übergriffe und Bedrohungen gegen Mitarbeiter:innen des Gesundheitswesens festzustellen. Auch Beschädigungen von Teststationen und weiterer medizinischer Infrastruktur können hierzu gezählt werden. Ebenso trifft es, wie im tragischen Mord an Alex W., Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich, die durch die staatlichen Auflagen die Hygiene- und Abstandsregeln durchsetzen müssen. Verschwörungserzählungen, rechte und demokratiefeindliche Hetze dämonisieren und entmenslichen ganze gesellschaftliche Gruppen, die als „Handlanger“ der angeblichen Corona-Diktatur gelten. Die Maske oder andere Maßnahmen werden zum Symbol der Unterdrückung – die Widersetzung wird zum rebellischen Akt verklärt.

Der Hass auf das System kann so auch auf mehr oder weniger zufällige Personen projiziert werden, z.B. der Supermarktmitarbeiter, der die Hygieneregeln durchsetzt. Die Anfeindung können sich aber auch gegen konkret begründete Einzelpersonen wie beispielsweise Impfarzt:innen richten. So wurde einem Impfarzt gedroht, ihn auf eine Liste zu setzen und sich um eine gerechte Strafe zu kümmern. In einem anderen Fall kommentierte ein AfD-Politiker einen Beitrag in einer Telegram-Gruppe mit der Überschrift „Uni Oxford testet Corona-Impfstoff an Kindern“ mit den Worten: „Nadel wegnehmen, dem Schwein ins Auge rammen. Basta“.

01.10.2021

Mann **beleidigt** Kundin eines Einkaufszentrums, äußert coronakritische und rechtsradikale Parolen.

22.10.2021

Freinsheim/Kreis Bad Dürkheim: Mann äußert verschwörungsideologische Parolen und tritt aggressiv in einem Gasthaus auf, **beleidigt** und **verletzt** den Inhaber.

29.11.2021

Bäckereiverkäuferin wird am Rande eines "Corona-Spaziergangs" **bedroht** und **beleidigt**, als sie auf 2G Regeln hinweist.

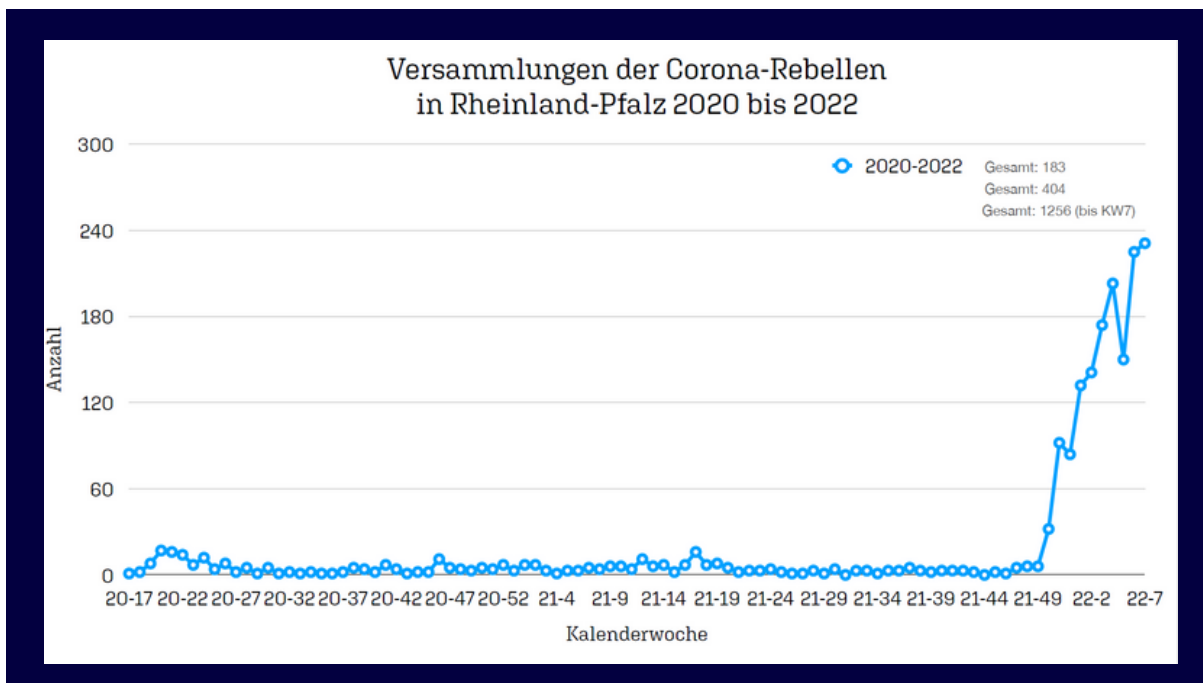
Vorfälle gegen Mitarbeiter:innen im Gesundheitswesen

Vorfälle gegen Mitarbeiter:innen im Gesundheitswesen		
03.08.2021	Ludwigshafen	Drohbriefe an Impfarzt:innen
07.08.2021	Zweibrücken	Beleidigung von Masken-Verteiler:innen
09.08.2021	Kirchen	Beleidigung von Impfteam
31.08.2021	Ludwigshafen	Angriff auf Apotheker, nach Zweifel an Echtheit eines Impfzertifikates
18.10.2021	Weilerbach	Angriff auf Mitarbeiterin eines Testzentrums
18.12.2021	Neuwied	An einem Neuwieder Gymnasium soll eine Impfkation stattfinden. Die Schule erhält eine 19-seitige E-Mail in der der Impfarzt unter anderem mit dem Arzt und nationalsozialistischen Kriegsverbrecher Josef Mengele verglichen wurde. In der Mail drohte man dem Arzt, ihn auf eine Liste zu setzen und sich um eine gerechte Strafe zu kümmern.

		Vorfälle gegen Institutionen und Infrastruktur des Gesundheitswesens
02.06.2021	Speyer	Unbekannte Täter:innen besprühen Zaunelemente des Impfzentrums. Es entstand ein Gesamtschaden in einem höheren dreistelligen Bereich.
04.06.2021	Trier	Unbekannte sabotieren eine Corona-Teststation. Die Täter:innen durchtrennen hierbei ein Stromkabel, welches als Hauptenergiezufuhr der Teststation dient.
14.08.2021	Weilerbach	Unbekannte Täter:innen beschädigen den Container einer Corona-Teststation. Die Täter:innen warfen vermutlich Glasflaschen gegen die Außenwand des Containers und verursachen dadurch Schaden an diesem. Zudem wird ein an dem Container angebrachtes Plakat heruntergerissen und ein Rollladen auf der Rückseite des Containers beschädigt.
28.08.2021	Speyer	An einem Impfzentrum wird eine Sichtschutzplane angezündet.
28.08.2021	Speyer	Drei Sichtschutzplanen an einem Bauzaun des Corona-Schnelltestzentrums werden angezündet.
30.08.2021	Speyer	Eine Plane am Schnelltestzentrum wird in Brand gesetzt, es wird ein nahestehender Pavillon durch das Feuer beschädigt.
23.09.2021	Neuwied	Die Eingangstür der Kreisverwaltung Neuwied wird unter anderem mit dem Wort „Mörder“ beschmiert.
28.10.2021	Speyer	Plastikplanen am Corona-Testzentrum werden in Brand gesetzt.
17.11.2021	Kaiserslautern	Die Eingangstür eines Impfzentrums wird mit Sekundenkleber sabotiert. Es kommt zu Verzögerungen des Impfbetriebs.
27.11.2021	Altenkirchen	Nächtlicher Brandanschlag auf das Gesundheitsamt Altenkirchen. Es entsteht ein Brandschaden im Eingangsbereich.
30.11.2021	Zweibrücken	Erneute Beschädigung an Corona-Teststation: Chef des DRK-Südwestpfalz: „Es hat leider mehrfach Attacken auf die Teststation gegeben“. So hätten Unbekannte die Dachplane heruntergerissen und Stromkabel zerstört.
18.12.2021	Burrweiler	Vier Tatverdächtige randalieren an Corona-Testpavillon.
07.01.2022	Altenkirchen	Nächtlicher Brandanschlag auf das Rathaus Altenkirchen, es entsteht Brandschaden im Eingangsbereich. Zuvor hatte die Gemeinde sogenannte Corona-Spaziergänge verboten.
15.01.2022	Germersheim	Holzeingangstür des Gesundheitsamts der Kreisverwaltung Germersheim wird in Brand gesetzt.

Rechte bzw. rechtspopulistischen Protestmobilisierungen wie Pegida oder die rassistischen Demonstrationen 2018 im rheinland-pfälzischen Kandel erzeugen Situationen in denen rechte und menschenfeindliche Gewalt verstärkt in den öffentlichen Raum dringen können; klassische Feindbilder werden bemüht und verstärkt. Ähnliche Beobachtungen konnten während der vergangenen Monate im Zuge der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen beobachtet werden. Hetze und Aggressionen richteten sich beispielsweise gegen Personen und Institutionen die als Repräsentant:innen des politischen Systems verstanden werden. Dies zeigt sich unter anderem an in diesem Milieu beliebten Narrativen wie eine angebliche „Corona Diktatur“, gegen die jedes Widerstandshandeln legitim sei. Rechtsextreme und antisemitische Verschwörungserzählungen spielen hierbei eine wichtige Rolle.

Hervorzuheben sind hier Brandanschläge auf Gesundheitsämter wie am 27. November in Altenkirchen und am 15. Januar auf das Gesundheitsamt in Germersheim, bei denen ein Zusammenhang stark zu vermuten ist. In Altenkirchen wurde im Januar 2022 erneut ein Brandsatz gezündet, diesmal am Rathaus. Zuvor hatte die Kreisverwaltung unangemeldeten Spaziergänge im Kreis verboten. Auch gegen die vermeintliche „Lügenpresse“ richteten sich Anfeindungen. Es wurden mehrere Vorfälle von Beleidigungen und Bedrohungen am Rande von „Corona-Spaziergängen“ gegen Journalist:innen dokumentiert. Ebenfalls geraten verstärkt politische Gegner:innen in den Fokus. Am Rande dieser „Corona-Spaziergänge“ sowie auch in den online Chatgruppen werden zivilgesellschaftliche Akteur:innen, Bündnisse gegen Rechts und Querdenker:innen-„Spaziergänge“ als politische Gegner:innen beleidigt, bedroht und beschimpft. Teilweise kommt es sogar zu körperlichen Übergriffen.



*Dokumentation beworbener Veranstaltungen. Ob die angekündigte Versammlung stattgefunden haben kann nicht überprüft werden. Die Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.
Quelle: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz*



Eine weitere inhaltliche Bestimmung dieser Proteste behandelt ein Papier der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus /DGB Koblenz [hier zum kostenfreien Download.](#)

Beispiel: Corona-Proteste in Koblenz

In Rheinland-Pfalz beteiligten sich Anfang des Jahres wöchentlich bis zu 10 000 Menschen an den meist unangemeldeten Demonstrationen. Ein Schwerpunkt dieser Proteste war Koblenz. Zeitweise zogen mehrere tausend Personen unangemeldet durch die Stadt. Mitte Januar verbot die Stadt diese unangemeldeten Versammlungen. Exemplarisch verdeutlichen die dokumentierten Vorfälle der Meldestelle den gewalttätigen Charakter, der von Teilen des Protestmilieus ausgeht. Insbesondere wenn große Demonstrationsdynamiken Gelegenheit boten, kam es zu Übergriffen, Bedrohungen und Beleidigungen. Ein Umstand der in der öffentlichen Debatte um die Demonstrationen wenig Beachtung bekam.

Aus einer Mitteilung des Innenministeriums gehen darüber hinaus tätliche Angriffe auf Vollstreckungsbeamte, Beleidigungen und Widerstandshandlungen hervor.* Diese Zahlen ergänzen den Eindruck der dokumentierten Fälle.

*Drucksache 18/2044 Landtag RLP

	Dokumentierte Vorfälle rund um das Demonstrationsgeschehen „Corona-Spaziergänge“ in Koblenz im Januar 2022 Stand 09.02.2022
08.01.2022	Journalist wird von Teilnehmern der unangemeldeten Corona-Spaziergänge bedrängt und beleidigt. Zusätzlich wird seine Arbeit gestört, indem Personen ihn mit Taschenlampen blenden.
08.01.2022	Teilnehmer eines unangemeldeten Spaziergangs in Koblenz tritt vermeintlicher Gegendemonstrant:in in die Beine. Diese kann sich noch abfangen und somit Verletzungen verhindern.
08.01.2022	Teilnehmer:innen des unangemeldeten Spaziergangs beleidigen Teilnehmer:innen einer angemeldeten Kundgebung queerfeindlich.
10.01.2022	Versuchter Angriff und Bedrohung von Gegendemonstrant:innen durch "Spaziergänger:innen". Polizei muss einschreiten.
17.01.2022	Vier Neonazis provozieren am Rande einer Kundgebung von „Koblenz solidarisch“. Es kommt zu einem Angriff, ein:e Gegendemonstrant:in wird getreten und verletzt. Die Neonazis nahmen in Vergangenheit an den unangemeldeten „Spaziergängen“ in Koblenz teil.
29.01.2022	Fotograf wird von Teilnehmer:innen einer angemeldeten Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen bedrängt und geschubst, es wird ihm in die Kamera gefasst/geschlagen.
29.01.2022	Teilnehmer:innen einer angemeldeten Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen zeigen Plakate mit Bezug auf den antisemitischen Verschwörungsmythos „Great Reset“ vor der Synagoge in Koblenz.

Das Jahr 2021 war nicht nur durch die Corona-Pandemie geprägt sondern auch ein Wahljahr auf Bundes- und Landesebene in Rheinland-Pfalz. Wahlkämpfe sind Zeitfenster, in denen gesellschaftliche Konflikte besonders deutlich werden, menschen- und demokratiefeindliche Hetze verstärkt an die Öffentlichkeit dringen. Dies zeigt sich beispielsweise in zahlreichen Beschädigungen von Wahlplakaten: So wurden Plakate mit Schriftzügen wie:

"Wir sperren Alte ein und quälen Kinder" oder "Die Regierung ist das Virus" beschriftet. In diesen Schmähungen zeigt sich eine Dämonisierung und Entmenschlichung von Politiker:innen als Vertreter:innen des politischen Systems und auch als politische Gegner:innen. In einem Fall wurden mehrere Wahlplakate verschiedener Parteien mit einem Mund-Nasen-Schutz mit der Aufschrift "Sondermüll" beklebt. Diese Beispiele verdeutlichen die gefährliche Mischung aus einer Anti-Establishment Rhetorik, die sich gegen "die da oben" richtet, der Erzählung von einer angeblichen Corona-Diktatur und dem Glaube an eine weitreichende Manipulation und Unterdrückung der Bevölkerung. Die Pandemie ist auch hier oftmals nur Anlass und emotionaler Verstärker, dieser schon vorher existierenden politischen Vorstellungen und Ressentiments.

Rechte und antisemitische Verschwörungsideologien bündeln und mobilisieren solche Einstellungen. Die Schuldigen sind klar und diese gilt es zu "bestrafen". Bundesweit machen sogenannte "Spaziergänge" zu den privaten Wohnhäusern von Politiker:innen Schlagzeilen. Auch in RLP zogen im Januar 2021 Personen vor das Privathaus des rheinland-pfälzischen Innenministers und stellten dort Grablichter auf.



Wahlplakate in den Wahlkämpfen 2021 in RLP

Ebenfalls geraten Akteur:innen der demokratischen Zivilgesellschaft, die sich gegen Rechtsextremismus und für Menschenrechte engagieren, in den Fokus.

Wie wichtig die Solidarität mit den Betroffenen und die klare Abgrenzung gegenüber diesen Anfeindungen ist, zeigt das Beispiel der Gemeinde Simmertal: dort trat die Bürgermeisterin nach massiven Anfeindungen und fehlendem Rückhalt im Gemeinderat zurück. Hintergrund waren Demonstrationen aus dem „Querdenker“-Spektrum und der hieran entstehende lokalpolitische Konflikt um den Umgang mit diesen.

Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Verschwörungsglaube sowie autoritäre und rechte Weltbilder sind eng mit verschiedenen Formen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit verbunden. Dies zeigt sich in den dokumentierten Vorfällen aber auch in Chatgruppen, in denen sich der Protest gegen die Corona-Maßnahmen organisiert.

Hervorzuheben sind antisemitische Äußerungen, die insbesondere mit Verschwörungserzählungen wie die des "Great Reset" in Zusammenhang stehen. Regelmäßig zeigen sich aber auch andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Hetze gegen politische Gegner:innen können mit sexistischen, queerfeindlichen oder sozialdarwinistischen Vorstellungen einhergehen. Beispielhaft kann hier ein sexistischer Shitstorm innerhalb einer Telegram-Gruppe aufgeführt werden, der sich gegen eine Mitarbeiterin einer Ordnungsbehörde richtete. In einem weiteren dokumentierten Fall kam es zu einer queerfeindlichen Beleidigung am Rande einer unangemeldeten Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen. Es zeigt sich aber auch die Heterogenität dieses politische Milieus mit höchst unterschiedlich ausgeprägten Weltbildern. Einend wirkt die Ablehnung der staatlichen Schutzmaßnahmen und einer möglichen Impfpflicht. Unter diesem Dach sammelt sich eine Fülle von demokratie- und menschenfeindlichen Überzeugungen die oftmals in Hetze und Gewalt umschlagen.

Beispiele aus rheinland-pfälzischen Chatgruppen

Diese Beispiele sind nicht Bestandteil der durch die Meldestelle dokumentierten Vorfälle. Die hohe Anzahl von relevanten Inhalten kann nicht systematisch erfasst werden. Die Beispiele dienen lediglich zur Veranschaulichung.

Ich habe diese Nachricht weitergeleitet, we...
Da sehe ich das große Problem!!! Der Satz "Freiheit zurückholen"!!! Was verstehen die MEISTEN darunter!!! Die MEISTEN wollen den Zustand wie vor Corona haben, also die Lachundspaßgesellschaft BRD= Besatzer-Rothschild-Diktatur, den die BRD ist ein Besatzerkonstrukt und dort gibt es keine Freiheit. Jeder hat sein Weltbild, dass mit einem gewissen Zeitgeist einhergeht.



OB David Langner, der Totengräber der Demokratie. Merkt sie euch, wenn Nürnberg 2.0 beginnt. Das gilt auch für die anderen Regime-Schergen, aus Andernach, Neuwied, Mayen. Geht spazieren gegen die Grundgesetz-Verbrecher. Allgemeinverfügungen sind dafür da, sich den Arsch abzuputzen. Heute ist Montag und gehen wir überall spazieren.

Es wird leider nicht beim Lichter-Spaziergang bleiben. Das ist mittlerweile klar. Große Unruhen schaffen es vielleicht, wenn überhaupt

Nameless
Von welchen nicht angemeldeten Demos s...
Wir sollten mal dieses Scheißhausblatt namens Rhein Zeitung blockieren. Da sitzen ganz klare Mittäter und bei Nürnberg 2.0 ist auch jede Journutte fällig. Jeder hat für das Regime mitgelogen und sich billigst prostituiert.

03
Rhein-Hunsrück-Kreis
113 Mitglieder, 37 online
geheftete Nachricht
Friedlich kraftvolle Spaziergänge
12. Januar
20:58

Das Impf-Programm der "Elite": Wem dient dieser Mann?

<https://journalistenwatch.c...>
Die Dreyer wird auch noch eines Besseren belehrt !!

Diese blöde Kuh !!
Die hat den Behindertenbonus und darf sich ebenso wie der SCHÄUBLE alles erlauben

☆☆☆ BONNIE ☆☆☆
Faschismus ist kein Grund Witze zu reißen! dann definiere bitte erstmal "Faschismus" oder meinst du womöglich National-Sozialismus

ach, ja ...
da sind angeblich noch diese 6 Mio.
DAS ist alles SO schlimm was man da GEHÖRT hat

obwohl inzwischen MEHRFACH NACHGEWIESEN IST dass DAS NICHT stattgefunden hat

für die FAKTEN bin ich immer offen aber bei den populären Narrativen bekomme ich einen Hörsturz

Beratungsstelle für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Aufmerksam verfolgt auch die Beratungsstelle für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt- m*power die Geschehnisse im Zusammenhang mit einem sich radikalisierenden Corona-Leugner:innen- und Querdenker:innen-Spektrum und den inhaltlichen Verschränkungen zu rechtsextremen und antisemitischen Narrativen.

Daher ermutigen wir Personen, die von Angriffen, Bedrohungen und Beleidigungen aus dem Milieu der Corona-Leugner:innen / Pandemie-Verharmloser:innen betroffen sind und dabei rechte Motive vermuten, sich an die Beratungsstelle m*power zu wenden. Die Beratungsstelle bietet die Möglichkeit sich in einem vertraulichen Raum über das Erlebte und die damit zusammenhängenden gesellschaftlichen Dimensionen auszutauschen.

Handlungsleitend für die Beratungsarbeit ist das Ziel, Betroffene bei der Bewältigung ihrer Erlebnisse und in der (Rück-) Gewinnung ihrer Handlungsfähigkeit zu begleiten und zu bestärken. m*power ist eine unabhängige Beratungsstelle und handelt parteiisch im Sinne der Betroffenen. In der Beratung von m*power ist die individuelle Wahrnehmung der Betroffenen entscheidend.

Sollten Sie betroffen sein oder Betroffene kennen, so kontaktieren Sie uns gerne!

m*power

**Mobile Beratung für Betroffene von rechter,
rassistischer und antisemitischer Gewalt**

**Hotline: 0151-10494799
kontakt@mpower-rlp.de**

Wir beraten, unterstützen,
informieren:

- Betroffene
- Angehörige, Familie und Freund:innen
- Zeug:innen von Angriffen

Unsere Angebote:

- Vorbereitung und Begleitung zu behördlichen und gerichtlichen Terminen
- Suche nach geeigneten Anwäl:innen, psychologischer und medizinischer Versorgung
- Beratung bzgl. der Beantragung von Entschädigungsleistungen
- Einsatz für eine öffentliche Solidarisierung

SoliNet - Beratungsstelle gegen Hass und Gewalt im Netz

Jeden Tag werden viele weitestgehend anonyme Hasskommentare und Gewaltaufrufe online geschrieben und gepostet. Dieser gezielte Hate Speech ist unserer Beobachtung nach nicht selten politisch begründet und äußert sich in mehreren Formen von digitaler Gewalt: Shitstorm, Bodyshaming, Cyberstalking sowie Cyberbullying. Betrachtet man die jüngsten Ereignisse in Kusel und die daraus resultierenden Reaktionen im Netz, wird rasch deutlich, wie schnell die sozialen Medien in Battlefields transformiert werden können. Zudem wird in einigen Fällen ersichtlich, wie sich virtueller Hass mit analoger Gewalt kombinieren oder ergänzen kann.

Die Beratungsstelle SoliNet wurde gegründet, um Betroffene von digitaler Gewalt zu unterstützen, zu stärken und effektiv gegen Hass im Netz vorzugehen.

Das Beratungsangebot umfasst psychosoziale Beratung, technische Hilfestellungen (u. a. zu Online-Beweissicherung, Löschen und Melden von Online-Inhalten), Beratung zu Online-Kommunikation sowie Tipps zur Online-Sicherheit. Dazu bieten wir Betroffenen eine kostenfreie erste juristische Einschätzung mit Hilfe einer Anwält:innenkanzlei an, um strafrechtliche Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.



Beratung
via Telefon
/ E-Mail

Sie sind betroffen? Kontaktieren Sie uns!

Telefon: 0261 57013337

E-Mail: solinet@mpower-rlp.de

oder mit unserem [Kontaktformular](#).

Weitere Informationen zu SoliNet finden Sie unter www.solinet-rlp.de



Soli
Net



**BERATUNG GEGEN HASS
UND GEWALT IM NETZ**

in Rheinland-Pfalz

Ein Angebot von m*power.



Informationspapier: Demokratiefeindschaft, Hetze und Gewalt im Themenfeld "Corona-Pandemie"

Stand: 17.02.2022

Kontakt:

Meldestelle für menschenfeindliche, rassistische und antisemitische Vorfälle in Rheinland-Pfalz

Mail: kontakt@meldestelle-rlp.de

Telefon: 0261 - 57 01 33 36